

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Herr Malik Karaman	SPD	vertreten durch Herrn Michael Frenzel
Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Herr Berndt Petri	DIE LINKE	

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese	auf Vorschlag der AfD
Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Integrationsrat
Frau Claudia Mewaldt	KLuST e.V.

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses. Er drückt seine Verärgerung darüber aus, dass die Vorlage unter TOP 3.1, die angabegemäß für die Sitzung am 14.05.2018 vorgesehen war und eine entsprechende Dringlichkeitsbegründung für diese Sitzung enthielt, erst am 25.05.2018 schlussgezeichnet wurde. Er bittet die Verwaltung um Erklärung.

Herr Kaven (Amt für öffentliche Ordnung) erläutert, dass die Vorlage unglücklicherweise zeitgleich mit der Absage der regulären 29. Sitzung des Wirtschaftsausschusses durch den Ausschussvorsitzenden am 08.05.2018 von der Oberbürgermeisterin schlussgezeichnet wurde. Auf Grund der Absage der 29. Sitzung am 14.05.2018 wurde die Schlusszeichnung vom Sitzungsdienst in Session zurückgenommen und die Verwaltung beauftragt, nach einem anderen Weg der Beteiligung des Ausschusses an der Beschlussfassung zu suchen. Erst nach der Terminierung der Sondersitzung wurde die Vorlage formal ein zweites Mal in Session freigegeben.

Herr van Geffen kritisiert, dass zwischen der Absage der Sitzung und der Kontaktaufnahme der Verwaltung - Dezernat I - mit ihm bzgl. einer Lösungsfindung zwei Wochen lagen.

Herr Joisten fragt nach, wie solche Situationen künftig vermieden werden können und wer zur Tagesordnung eine verbindliche Auskunft geben kann.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) antwortet, das sei Aufgabe der Geschäftsführung des Wirtschaftsausschusses. In diesem Fall sei leider etwas schiefgelaufen, da kein Hinweis auf die Dringlichkeit der Vorlage dort eingegangen sei.

Herr Lindweiler macht auf eine Mitteilung zum weiteren Vorgehen Ausgründung der Wirtschaftsförderung als GmbH aufmerksam, die im Finanzausschuss auf der Tagesordnung stand. Der darin aufgeführte Beratungszeitplan für den notwendigen Ratsbeschluss nach der Sommerpause ist in seinen Augen sehr ambitioniert.

Herr Joisten moniert, dass diese Mitteilung nur dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben worden sei, obwohl doch das Thema für den Wirtschaftsausschuss sehr wichtig sei. Er bittet auch hierzu um Aufklärung und bittet, zukünftig alle Informationen zum Thema GmbH-Gründung auch dem Wirtschaftsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) antwortet, dass es sich um eine Mitteilung handelt, die dem Wirtschaftsausschuss fast gleichlautend bereits in der vorangegangenen Sitzung zur Kenntnis gegeben wurde. Er kündigt für die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschuss am 14.06.2018 eine Mitteilung mit dem aktuellen Sachstand zur Ausgründung der Wirtschaftsförderung an. Der aktuelle Zeitplan sehe einen Beschluss in der Ratssitzung am 27.09.2018 vor.

Herr van Geffen fragt nach dieser vorgezogenen mündlichen Anfrage, ob der Ausschuss mit der vorgelegten Tagesordnung einverstanden ist und ruft nach fehlendem Veto den TOP 3.1 auf.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
- 3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 10.06.2018 im Stadtbezirk Nippes
1311/2018
- 3.2 Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 26.03.2018
1715/2018
- 4 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

Es lagen dem Ausschuss keine Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung vor.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Es lagen dem Ausschuss keine Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung vor.

3 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 10.06.2018 im Stadtbezirk Nippes 1311/2018

Herr Joisten kündigt die Zustimmung seiner Fraktion entsprechend dem Votum im AVR an. Zur Begründung führt er aus, dass die derzeitige Rechtslage nach Inkrafttreten des neuen Ladenöffnungsgesetzes noch sehr unklar sei, auch bereits existierende Urteile (Arnsberg) würden mehr für Verwirrung als für Klarheit sorgen. Dieser Antrag falle jedoch nach Einschätzung seiner Fraktion unter die Logik des alten Ladenöffnungsgesetzes und damit unter den dazu existierenden Konsens. Dies sei jedoch kein Präjudiz für die Anträge, die nach dem neuen Gesetz zu beurteilen seien.

Frau Sommer begrüßt die Vorlage in Namen der CDU-Fraktion. Der Wechsel im Gesetz von der Anlassbezogenheit auf das öffentliche Interesse bei der Bewertung der Anträge kann zu einer ausgewogeneren Entscheidung führen.

Frau Thelen kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion an, da der Anlass ein seit 20 Jahren stattfindendes Straßenfest sei.

Herr Lindweiler weist auf die fehlende Stellungnahme von Verdi hin, die auf einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Anlässe fußt. Er fragt, ob die Verwaltung eine Mindestvorlaufzeit für die Anträge vorgeben kann.

Frau Klein kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion an. Sie hält die Gesetzesänderung mit der Bewertung der Anträge nach dem öffentlichen Interesse sowohl für die Verwaltung als auch für die Antragsteller, oft die IG's in den Stadtteilen, für praktikabler.

Herr Kaven (Amt für öffentliche Ordnung) antwortet, dass weiterhin angestrebt wird, dem Rat eine Vorlage für das gesamte Jahr vorzulegen. Für das Straßenfest in Nippes ist es einfach vergessen worden, parallel einen Antrag auf Sonntagsöffnung zu stellen. Dieser Umstand sei auch für die Zukunft nicht auszuschließen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage beigefügten Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3.2 Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 26.03.2018 1715/2018

Frau Klein bittet um Erläuterung, warum dieser Beschluss notwendig sei.

Herr Kaven (Amt für öffentliche Ordnung) antwortet, dass es sich hier um eine Genehmigung auf der Basis des alten Gesetzes handle, welches für die Genehmigung einen Anlass vorschrieb. Die Veranstaltung „Porzer Autofrühling“ sei vom Veranstalter abgesagt worden, somit ist der Anlass für die Sonntagsöffnung weggefallen. Die Erlaubnis zur Sonntagsöffnung besteht aber weiter, wenn die Verordnung über die Sonntagsöffnungen nicht angepasst werde.

Herr Frenzel fragt die Verwaltung, ob es Erkenntnisse über weitere Veranstaltungen und damit verbundene Sonntagsöffnungen in Porz-Mitte in 2018 gebe.

Herr Kaven (Amt für öffentliche Ordnung) weist darauf hin, dass Veranstaltungen nicht zwingend mit einer Sonntagsöffnung verbunden seien und verneint die Frage nach seinem Kenntnisstand am Sitzungstag.

Herr Roßmann weist darauf hin, dass im Internet von der ISG Porz eine Herbstveranstaltung mit Sonntagsöffnung angekündigt wird.

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Porz-Mitte.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Enthaltung der FDP-Fraktion

4 Mündliche Anfragen

Die mündlichen Anfragen wurden bereits vor Eintritt in die Tagesordnung gestellt und beantwortet.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 17.56 Uhr.

gez. van Geffen

gez. Doberitz

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin